



## Regierungsratsbeschluss vom 26. Juni 2018

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA); Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF); Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD); Zweiter Beitrag an ausgewählte EU-Staaten; Vernehmlassung

---

P180421

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

### Begründung

Der Regierungsrat begrüsst das Anliegen des Bundesrats, die Kohäsion innerhalb Europas weiter finanziell zu unterstützen. Der Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Ländern der EU-13 und der restlichen EU dürfte sich positiv auf die Stabilität, Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung Europas auswirken. Durch den zweiten Beitrag kann die Schweiz weiterhin ihre bilateralen Beziehungen zu den Partnerländern stärken. Die gesetzten Schwerpunktthemen Berufsbildung und Migration werden angesichts der aktuellen Herausforderungen als sinnvoll erachtet.

